

# **Wirtschafts- und Sozialpolitik der Zukunft**

**Soziale Marktwirtschaft im  
Zeitalter der Globalisierung**

**Rede des Vorsitzenden der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion,  
Wolfgang Schäuble, auf dem  
Wirtschaftskongreß der CDU  
am 14. April 1999 in Bremen**

**A**n der Schwelle zum 21. Jahrhundert stehen wir vor tiefgreifenden Veränderungen. Die Weltwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch, von dem auch unser Land erfaßt wird. Die Globalisierung verändert die internationale Arbeitsteilung. Die traditionellen Wirtschaftsstrukturen werden durch neue abgelöst. Deutschland kann sich diesen Veränderungen nicht entziehen, wenn es auch in Zukunft zu den führenden Industrienationen gehören will.

Moderne Technologien und Dienstleistungen entscheiden zunehmend über die Zukunft von Wirtschaft und Arbeit. Wettbewerbsvorteile müssen immer wieder aufs Neue gesichert werden. Wir brauchen dazu innovative und kreative Unternehmen. Attraktive staatliche Rahmenbedingungen müssen den Strukturwandel fördern.

Auf unserem Wirtschaftskongreß in Bremen diskutieren wir gemeinsam mit Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft darüber, wie wir Deutschlands Zukunft gestalten können.

**Angela Merkel**  
Generalsekretärin  
der CDU Deutschlands

**Bernd Neumann**  
Vorsitzender  
der CDU Bremen

Wir führen in unserem Lande wieder verstärkt eine Debatte über die ordnungspolitischen Grundsätze unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der 100. Geburtstag von Ludwig Erhard am 4. Februar 1997 war ein solcher Anlaß, in vielen Reden und Symposien dem Thema Ordnungspolitik zu einer Renaissance zu verhelfen. Die Rückbesinnung auf dieses Thema ist in einer Zeit, die so viel an Veränderung mit sich bringt, so viel Wandel und gleichzeitig auch eine Vielzahl großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen, nicht verwunderlich. In Zeiten des Wandels, in Zeiten der Veränderung, ist ein Leitbild, das Orientierung gibt, Kompaß sein kann, mehr denn je gefragt und notwendig.

Das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft ist ein solches Leitbild. Nicht alle sind aber noch der Meinung, daß die Wirtschaftsordnung, wie wir sie in Deutschland heute haben, das getreue Abbild dieser ordnungspolitischen Konzeption ist. „Soziale Marktwirtschaft ist vom Prinzipiellen her etwas ganz anderes als die heute in Deutschland betriebene Wirtschafts- und Sozialpolitik“, meinte denn auch der Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard.

Diese Debatte um die Frage, was Soziale Marktwirtschaft in Theorie und Praxis eigentlich ausmacht, ist deshalb so schwierig, weil das Kon-

zept der Sozialen Marktwirtschaft eben immer mehr gewesen ist als reine Ordnungspolitik, also die Schaffung des institutionellen Rahmens, der die freie und geordnete Entfaltung privatwirtschaftlicher Initiative ermöglicht und insbesondere einen funktionierenden Wettbewerb aufrechterhält.

**Sicherlich ist eine funktionierende Wettbewerbsordnung auch zunächst einmal per se sozial, weil sie über den Leistungswettbewerb Wohlstand schafft und Marktmacht begrenzt. „Wohlstand für alle“ über „Wohlstand durch Wettbewerb“ ist keine Leerformel.**

Müller-Armack, der Schöpfer des Begriffs Soziale Marktwirtschaft ergänzte aber: „Sinn der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“, also die Schaffung einer Balance zwischen Wettbewerb und sozialem Ausgleich, sozialer Gerechtigkeit.

Individuelle Freiheit, ökonomische Effizienz und sozialer Ausgleich bilden somit das magische Dreieck der Sozialen Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft ist damit notwendigerweise kein für alle Zeiten feststehendes Gebäude, sondern prinzipiell ein für neue Herausforderungen offenes Leitbild einer flexiblen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung.

Soziale Marktwirtschaft als Modell ist damit nie vollendet. Es unterliegt einer ständigen Bewährung. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft liefert auch nicht per Knopfdruck eindeutige Antworten. Das Ringen um die bessere Lösung, der politische Streit um die richtige Umsetzung des Konzepts bleibt uns deshalb auch in der Zukunft nicht erspart. Gerade in einer Zeit, wo die Befürchtung laut wird, daß dem wirtschaftlichen Element dieser Konzeption zu Lasten der sozialen Komponente Vorrang eingeräumt wird.

Theoretische Konzeption und politische Umsetzung müssen sich deshalb an der Lösung ganz konkreter Probleme und Fragen bewähren.

II. Fragen und Probleme, die Theorie und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft herausfordern, gibt es in unserer Zeit wahrlich genug.

**Erhards großes Anliegen in seiner Zeit war es, das genannte Spannungsverhältnis durch Wohlstand für alle, durch Vermögensbildung auch in Arbeitnehmerhand, aufzulösen und auf diesem Wege dafür zu sorgen, daß das kräftige gesamtwirtschaftliche Wachstum der 50er und 60er Jahre allen zugute kommt.**

Dieses Spannungsverhältnis der gesellschaftlichen und politischen Zielsetzungen im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft stellt sich heute an-

ders dar. Mehr als vier Millionen Arbeitslose, darunter immer mehr Dauerarbeitslose, öffentlich geförderte Beschäftigung als Ersatz für fehlende Arbeitsplätze sind Zeichen einer sich aufspaltenden Gesellschaft zwischen Teilnehmenden und Ausgegrenzten. Dabei steht nicht unmittelbar materielle Armut als Problem im Vordergrund, sondern der eklatante Mangel an Teilnahmechancen.

Unternehmensgewinne erreichen Rekordniveau, die Beschäftigung stagniert, unauflösbare oder scheinbare Widersprüche? Symptome eines tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels oder einer falschen Politik?

Wir sehen uns an der Schwelle zum 21. Jahrhundert der Herausforderung gegenüber, unter sich rasch verändernden technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unser Wohlstandsniveau zu sichern und auch dafür Sorge zu tragen, daß möglichst alle Mitglieder der Gesellschaft an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen teilnehmen können und damit auch teilhaben können an den Früchten dieses Wohlstandes.

Ein rasanter technologischer Fortschritt auf breiter Front, insbesondere aber im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, verursacht einen umfassenden Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen schafft ganz neue Rahmenbedingungen für wirtschaftliches und politisches Handeln. Weltweit operierende Unternehmen prägen zunehmend das Bild: global players, die oft in mehr Ländern vertreten sind als mancher Staat mit diplomatischen Missionen, die oft über höhere Budgets entscheiden als mancher Staatshaushalt. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht ein Großunternehmen eine Fusion mit einem Partner am anderen Ende der Welt verkündet.

**Die Begrenzung von Marktmacht, die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Wettbewerbs, ein wichtiges Anliegen für Ludwig Erhard, wird im Zeitalter der Globalisierung zu einer Herausforderung eigener Art.**

Wir sehen uns in Deutschland wie auch in anderen Industrieländern einer alternden Bevölkerungsstruktur gegenüber: einer demographischen Entwicklung, die dazu führt, daß im Zeitraum zwischen 2015 und 2035 sich die Zahl der Rentner gegenüber den Beitragszahlern annähernd verdoppeln wird. Damit einher geht auch ein Einstellungswandel in unserer Gesellschaft, in dem Risikoscheu und Besitzstandswahrung einen höheren Stellenwert bekommen.

Wir haben heute weit flexiblere, das heißt individuellere Erwerbsbiographien als dies unseren Eltern und

Großeltern noch kannten. Lebenslanges Lernen tritt an die Stelle des Berufes fürs Leben.

III. 50 Jahre nach der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft stellt sich damit die Frage, mit welchen Reformen wir in einer sich rasch ändernden Welt Wohlstand und Arbeit für alle schaffen können.

Geht uns die Arbeit aus, müssen wir im wesentlichen nur noch Arbeit umverteilen? Natürlich nicht. Selbst die IG Metall, deren verantwortliche Leiter ja sehr oft die Forderung nach Umverteilung vorhandener Arbeit in den Mund nehmen, läßt an dieser Feststellung in ihrem Papier „Arbeit in der Informationsgesellschaft“ keinen Zweifel: „Grundsätzlich gibt es keine Anzeichen für ein Ende der Arbeit. Solange die Menschen Wünsche haben, solange sie auch für vermeintlich unsinnige Produkte und Aktivitäten bereit sind, Geld auszugeben, läßt sich kein Ende des Bedarfs feststellen“.

Die IG Metall wäre aber nicht die IG Metall, wenn sie diese Aussage nicht auch gleich wieder durch eine weitere Bemerkung im Sinne der Umverteilungstheoretiker qualifizieren würde: „Um so offensichtlicher wird dies [also der Bedarf an Arbeit] bei Gütern und Dienstleistungen, die unsere soziale und gesellschaftliche Infrastruktur bilden: Hier ist der Bedarf – wohl weil er über Umverteilungssysteme finanziert wird – fast

unendlich.“ Mit dieser Einschätzung wird natürlich wieder das Einfallstor für Umverteilung, Zuteilung, Zentralismus sehr weit geöffnet.

Mit der Politik, die die rot-grüne Bundesregierung derzeit anbietet, ist der Verdacht auch begründet, das der Marsch durch dieses Tor bereits angetreten wurde.

Europäische Beschäftigungsprogramme, die im Zweifel nur von nationaler Verantwortung ablenken, sind Instrumente des Zentralismus, die nur in ganz seltenen Fällen wirklich das halten, was sie versprechen. Man kann nicht die unterschiedlichen Arbeitsmärkte in Europa, von Lissabon bis Helsinki, mit den gleichen Mitteln und Medikamenten therapieren.

Die Vorschläge aus dem linken Lager sind Ausdruck eines Glaubens an die Machbarkeit und Steuerbarkeit von Prozessen, an die Überlegenheit einer übergeordneten, zentralen Instanz.

**Wir halten diesen Ansatz für falsch. Statt auf Umverteilung und zentralistische Regelungen setzen wir auf die Stärkung von Eigenverantwortung, auf Dezentralisierung und Deregulierung.**

Wir sind nicht grundsätzlich gegen ein Bündnis für Arbeit, wenn dabei der Versuch unternommen wird, die jeweiligen Verantwortlichkeiten zu stärken. Ob Konzertierte Aktionen,

Bündnisse für Arbeit, ob in Deutschland oder in den Niederlanden, es geht immer um die verantwortliche Einbindung der Tarifpartner, um eine moderate Lohnpolitik zur Unterstützung beschäftigungspolitischer Initiativen.

Inwieweit dies derzeit in Deutschland möglich ist, ist mehr als zweifelhaft. Die rigiden Tarifabschlüsse im Metallbereich, ja die gesamte Tarifrunde 1999, sprechen eine andere Sprache. Das, was ein Bündnis für Arbeit leisten sollte, ein Konsens über eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik, ist derzeit nicht erkennbar. Wartende werden auf die Zukunft vertröstet, vielleicht auf das nächste Spitzengespräch im Juni.

Im übrigen, ein Konsens kann in einem Bündnis für Arbeit auch nicht Jahr für Jahr erkaufte werden durch Zugeständnisse von politischer Seite. Bündnisse für Arbeit sind in einer Sozialen Marktwirtschaft keine Dauereinrichtung, auch wenn die rot-grüne Bundesregierung ihrem Bündnis mit einer ausgedehnten Organisationsstruktur und Bürokratie den Hauch von Ewigkeit gibt.

**Sicherlich brauchen wir im Zeitalter der Globalisierung mehr internationale Zusammenarbeit, eine zielgerichtete, arbeitsfähige europäische Integration, die insbesondere dem Prinzip der Subsidiarität verpflichtet ist.**

Um mit den Herausforderungen der Globalisierung fertig zu werden, können wir aber nicht einfach nationale ordnungspolitische Modelle auf internationaler Ebene fortschreiben. Eine weltweit zuständige Kartellbehörde ist auf absehbare Zeit nicht in Sicht.

Auf absehbare Zeit werden wir mit unvollständigen, in manchen Fällen vielleicht auch unzureichenden Regelansätzen, mit Instrumenten und Institutionen wie GATT/WTO, und Koordination im Rahmen der G8-Staaten, arbeiten müssen, um nationale Regelwerke auf internationaler Ebene zu ergänzen. Regelwerke, die freilich nicht die gleiche Regulierungsdichte wie auf nationaler Ebene aufweisen.

Wir müssen Ansätze finden, wie wir auf internationaler, ja weltweiter Ebene marktkonforme ordnungspolitische Regeln entwickeln können, um einen funktionsfähigen und damit wohlstandsfördernden Wettbewerb zu sichern, um Belange des Umweltschutzes, des Verbraucherschutzes durchzusetzen. Die Sicherung einer nachhaltigen Nutzung unserer natürlichen Ressourcen steht weit oben auf der politischen Agenda einer internationalen Zusammenarbeit.

Die europäische Integration, die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union, ist ein Mittel, um diese Ziele durchzusetzen. Wir haben

wesentliche Elemente der Sozialen Marktwirtschaft auch auf europäischer Ebene verwirklicht, wenn auch nicht vollständig, so doch zumindest mit Ansätzen. Ich nenne insbesondere die europäische Wettbewerbspolitik, die wesentlich vom deutschen Konzept einer Wettbewerbsordnung beeinflusst wurde und wird.

**Im Zusammenhang mit der europäischen Integration haben wir auch die Chance, dem Prinzip der Subsidiarität als Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft neue Inhalte und schärfere Konturen zu geben. Diese Chancen im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses müssen wir unbedingt nutzen.**

Chancen werden aber immer am konkreten Fall genutzt oder vertan, nicht in der abstrakten Erörterung. Deshalb kritisiere ich auch, daß die Bundesregierung bei den Verhandlungen um die Agenda 2000 zu wenig Subsidiarität durchgesetzt hat, in der Agrarpolitik wie in der Regionalpolitik.

**IV.** Die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen ist aber nicht nur Herausforderung sondern auch Chance.

Die Globalisierung fördert nämlich das tragende Element der Sozialen Marktwirtschaft, nämlich den Wettbewerb, nicht nur zwischen den Unternehmen, sondern auch zwi-

schen den politischen Systemen auf nationaler Ebene.

Standort- oder Systemwettbewerb trägt dazu bei, Schwächen in der nationalen Wirtschaftsordnung zu erkennen und abzubauen. „Benchmarking“ muß man heute dazu sagen, um ernst genommen zu werden.

Dieser Standort- und Systemwettbewerb verringert aber nicht nur nationalen Handlungsspielraum, er vergrößert ihn auch. So sehr sich nämlich Fehler in der Politik schneller und deutlicher bemerkbar machen, so sehr macht sich auch eine attraktive Wirtschaftspolitik schneller und mehr bezahlt durch die Steigerung des Wohlstandes, der dann auch die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme erleichtert.

Wir brauchen deshalb in Deutschland Reformen, die unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken, die dauerhafte wirtschaftliche Dynamik gewährleisten, die unser wirtschaftliches und gesellschaftliches System so offen gestalten, daß eine möglichst große Zahl an Menschen aktiv teilnehmen und damit auch teilhaben können. Teilhabegerechtigkeit schaffen wir nur über Teilnahmegerechtigkeit: eine Verteilung des Wohlstands über die aktive Teilnahme am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen, nicht über administrative Umverteilung nach Kriterien wie „Kassenlage“ oder „Bedürftigkeit“.

Die Steuerpolitik ist ein wichtiger Bereich, um diese gewünschte wirtschaftliche Dynamik zu entfalten.

Notwendig ist eine deutliche steuerliche Entlastung auf breiter Front, eine Reduktion der Spitzensteuersätze und eine Verminderung der Steuerprogression bei einer Vereinfachung des Steuerrechts. Ein „Benchmarking“, wenn man diesen Begriff noch einmal strapazieren will, in der Steuerpolitik zeigt eines ganz klar: Trotz des Wegfalls der Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer werden Investitionen in Deutschland nach wie vor zu hoch belastet. Im internationalen Vergleich liegen die deutschen Steuersätze mindestens im oberen Bereich, teilweise sogar an der Spitze. Dieses deutliche Steuergefälle zum Ausland ist investitions- und beschäftigungsfeindlich und muß deshalb deutlich vermindert werden.

**Das steuerpolitische Konzept der CDU/CSU mit den Petersberger Beschlüssen ist nach wie vor richtig, es bedarf allerdings einer Fortschreibung im Licht aktueller Veränderungen wie des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Besteuerung der Familie. Inwieweit die steuerpolitischen Reformkonzepte der rot-grünen Bundesregierung diesen Anforderungen genügen, bleibt mehr als ungewiß. In den kürzlich verabschie-**

**deten Steuergesetzen jedenfalls wird die steuerliche Belastung für viele, insbesondere aber für die Wirtschaft, erst einmal erhöht und die Steuerbürokratie aufgebläht. Investitionsanreize werden damit nicht geschaffen.**

Was der Vorschlag einer reformierten Unternehmensbesteuerung letztlich konkret bringt, bleibt abzuwarten. Da müssen erst einmal überzeugende Antworten auf die damit verbundenen Probleme gefunden werden, bevor man mit diesem Vorschlag Werbung betreibt. Was passiert im Zusammenhang mit einer einheitlichen Unternehmenssteuer mit der Gewerbesteuer, wie wird die Einnahmenbasis für die Kommunen im Falle ihrer Abschaffung gesichert?

Eine reformierte Unternehmenssteuer darf auf keinen Fall zu einer systematischen Benachteiligung von Einzelunternehmen wie Personengesellschaften führen. Eigentümerunternehmen stehen für besonderes unternehmerisches Verantwortungsbewußtsein und persönliche Haftung. Nach wie vor sind in Deutschland etwa 90 v.H. aller Unternehmen als Einzelunternehmen oder Personengesellschaft organisiert, nur etwa 10 v.H. in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft. Und in der mittelständischen Struktur unserer Wirtschaft liegt eine unserer größten Stärken.

Ein Optionsmodell als derzeit am intensivsten diskutierten Alternative

zu einer einheitlichen Unternehmensbesteuerung ist bereits in den 50er Jahren aufgrund der damit verbundenen praktischen Schwierigkeiten bei der steuertechnischen Umsetzung gescheitert.

**Ich will dies an dieser Stelle auch einmal deutlich sagen. Eine Steuerpolitik, wie sie Rot-Grün seit Jahren betreibt, mit ihrer Strategie der Verweigerung, Obstruktion statt Opposition im Bundesrat und jetzt mit ihrer Steuerpolitik in der Regierungsverantwortung ist im Zeitalter des globalen Wettbewerbs – auch aus sozialen Gründen – verantwortungslos. Hätten Rot-Grün demgegenüber ihre Verantwortung wahrgenommen, so hätten wir mit den Petersberger Beschlüssen bereits zum 1. Januar 1999 diese Verminderung der Steuersätze erreichen und durchsetzen können.**

Wir müssen in der Haushaltspolitik die Voraussetzungen für eine wirkliche, eine echte Steuerentlastung schaffen. Subventionen, Subventionsabbau sind hier ein Stichwort.

Auch dem Wirtschaftsminister Müller ist dieses Stichwort eingefallen. Was er allerdings daraus macht, ist ein Armutszeugnis für die Handlungsfähigkeit der rot-grünen Bundesregierung, fast schon ein Skandal.

Der ärmlich anmutende Versuch, den Wirtschaftsverbänden in einem Tauschgeschäft Steuererleichterungen gegen Subventionsstreichungen zu versprechen und sie damit zu eigenen Vorschlägen zum Subventionsabbau aufzufordern, drängt dem Betrachter den Eindruck auf, daß die rot-grüne Bundesregierung auch in dieser Frage ohne Konzept dasteht, mut- und ratlos.

Wir müssen neue Wege gehen in der Subventionspolitik. Konsequenter Subventionen abbauen und wenn schon Subventionen, dann aber mit einer verlässlich degressiven Ausgestaltung und regelmäßigen Befristung. „Sunset legislation“ ist hier ein Stichwort, das uns weiterhelfen könnte.

Ein schlanker Staat, Abbau der staatlichen Bürokratie, muß ein wichtiges Ziel der Haushaltspolitik wie auch der gesamten Politik bleiben.

**Wir haben als CDU/CSU mit dieser Forderung in der Regierungsverantwortung ernst gemacht. Wir haben in unserem Programm für Wachstum und Beschäftigung mit der Liberalisierung wichtiger Märkte und der Privatisierung von staatlichen Unternehmen, mit der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ernst gemacht und damit einen Beitrag zur Entfaltung wirtschaftlicher Dynamik und zum Abbau überflüssiger Bürokratie und staatlicher Einflußnahme geleistet.**

Dies waren Schritte in die richtige Richtung, der richtige Weg, auf dem wir weitergehen müssen.

Die jetzige Bundesregierung ist auf dem umgekehrten Weg. Sie bläht durch komplizierte Gesetze wie dem Ökosteuergesetz, der 630-Mark-Regelung, dem sogenannten Steuerentlastungsgesetz oder auch dem Scheinselbstständigengesetz die staatliche Bürokratie weiter auf.

Die Erfahrungen in der Praxis mit dem 630-Mark-Gesetz sind verheerend: Verunsicherung auf allen Seiten, 90.000 Anrufe und blockierte Leitungen im Arbeitsministerium, ein riesiger Verwaltungsaufwand als Beschäftigungsprogramm für Verwaltungsfachleute.

**Wir brauchen Reformen in den Sozialversicherungssystemen, die die Eigenverantwortung des einzelnen stärken, einen sparsamen Umgang mit den angebotenen Leistungen erzwingen und auf diesem Wege helfen, die Ausgaben und damit die Höhe der Beiträge zu begrenzen.**

Eine stärkere Eigenbeteiligung des Versicherten im Gesundheitswesen ist allemal besser als eine pauschale, undifferenzierte Deckelung der Ausgaben. Eine stärkere Eigenbeteiligung hilft genauso, Ausgaben zu begrenzen und den Druck zu nehmen von der Notwendigkeit, grundsätzliche Reformen im Schnellverfahren durchzuführen.

Grundsätzliche Reformen brauchen Zeit. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurfte, so hat ihn Rot-Grün im ersten halben Jahr mit ihrer Regierungspolitik geliefert.

Grundlegende Reformen im Gesundheitswesen müssen sich beispielsweise der Frage annehmen, ob eine Orientierung der Beitragssätze an den Lohnkosten nach wie vor ziel führend ist.

Die Auflockerung von traditionellen Beschäftigungsverhältnissen, Berufspausen durch Erziehungsphasen, Vorruhestand und flexible Arbeitszeiten, der Bedeutungsverlust der Normalarbeitsverhältnisse und die damit einhergehende Erosion der Beitragsbasis zwingen dazu, gangbare Alternativen zu überdenken.

Eine grundlegende Reform des Rentensystems muß darauf abzielen, den Generationenvertrag im Sinne der Herstellung einer Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu gewährleisten und ihn funktionsfähig zu halten. Dazu gehört auch eine Ergänzung durch private, auch auf private Initiativen zurückgehende Komponenten in der Rentenversicherung.

**Wir haben in der Regierungsverantwortung erste richtige Schritte in diese Richtung getan. Die im Herbst 1997 verabschiedete Rentenreform 1999 mit der Einführung einer demographischen Komponente in die Rentenfor-**

**mel war ein Schritt in die richtige Richtung von mehr Generationengerechtigkeit.**

Vielleicht sind wir mit unseren Reformkonzepten nicht entschieden genug, nicht weit genug vorgegangen. Aber in einer parlamentarischen Demokratie Reformen durchzuführen, ist kein leichtes Unterfangen.

Selbst Ludwig Erhard hegte schon Anfang der 60er Jahre nach eigenem Bekunden eine gewisse Scheu bei der Beantwortung der Frage, ob eine so radikale Wirtschaftsreform wie im Jahre 1948 in einem demokratisch parlamentarischen Umfeld überhaupt durchsetzbar gewesen wäre.

Grundlegende Reformen bedürfen in einer pluralistischen Gesellschaft einer intensiven Diskussion. Reformscheu, Versuche zur Besitzstandswahrung, die Verteidigung von Partikularinteressen durch organisierte Verbände verursachen Widerstände, die mit viel Aufwand überwunden werden müssen. Mit einer intensiven Diskussion muß in der Öffentlichkeit auch das Bewußtsein für notwendige Reformen geschaffen werden.

Dies gilt beileibe nicht nur für Deutschland. Auch in anderen Ländern, in den USA oder in Großbritannien, tut man sich schwer mit grundlegenden Reformen. Der Clinton-Administration ist es bis heute nicht gelungen, eine Gesundheitsreform zu verwirklichen. Auch Tony Blair mußte trotz seiner Offensive des

Charmes erkennen, wie schwer es ist, in einer parlamentarischen Demokratie auch bei einem reinen Mehrheitswahlrecht Reformen durchzusetzen.

**Dies bedeutet nicht, Reformen auf die lange Bank schieben, sondern rechtzeitig beginnen, sich andererseits aber die notwendige Zeit lassen, um das Für und Wider sorgfältig abzuwägen.**

Aber man sollte auch nicht, wie Rot-Grün das tut und getan hat, in der Zwischenzeit die falschen Signale setzen und richtige Reformschritte der alten Bundesregierung zurücknehmen.

Es kann nur auf Unverständnis stoßen, wenn diese Bundesregierung zielführende Reformschritte in der Rentenversicherung mit der Einführung einer demographischen Komponente rückgängig macht und ein halbes Jahr später in Funktioniärsmanier eine Rente „nach Kasenslage“ in Aussicht stellt. Dies ist ein Schritt in die falsche Richtung, weg von den Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, hin zu staatlicher Bevormundung.

Auch die Rücknahme zur Neuregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Rücknahme der Schlechtwettergeldregelung waren die falschen Signale. Die Rücknahme der Schlechtwettergeldregelung ist ein eklatanter Verstoß gegen die

tarifpolitische Realität – denn laufende Tarifverträge enthalten ja bereits eigenständige, zwischen den Tarifparteien ausgehandelte Regelungen zum Schlechtwettergeld – und damit auch ein Verstoß gegen das Prinzip der Eigenverantwortung und der Subsidiarität.

Diese Fragen müssen künftig so geregelt werden, daß die Eigenverantwortung derer, die die Leistungen bezahlen und empfangen, gestärkt wird. In den Niederlanden beispielsweise wurde die gesetzlich fundierte Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall aufgehoben und der Verantwortung von Unternehmen und Beschäftigten zugewiesen mit der Begründung, daß diese Frage von den unmittelbar Betroffenen, also im Unternehmen und in den Betrieben, geregelt werden muß. Ein Beispiel, das wir uns durchaus zum Vorbild nehmen können.

Traditionelle Beschäftigungsformen und Beschäftigungsverhältnisse lösen sich zwar nicht völlig auf, verändern sich aber deutlich. Wir müssen deshalb im gesamten Bereich der Tarif- und Arbeitsmarktpolitik die Verantwortung der betroffenen Ebenen, insbesondere also auf unternehmerischer und betrieblicher Ebene stärken, müssen Spielräume schaffen für differenziertere Arbeitszeitregelungen, für eine stärkere beschäftigungsorientierte Lohndifferenzierung, insbesondere nach Branchen, Regionen und Betrieben.

**In Zeiten der Globalisierung, in Zeiten einer just-in-time-Produktion in einer hocharbeitsteiligen Volkswirtschaft, in der jeder punktuelle Streik einen Flächenbrand verursachen kann, ist mit den althergebrachten Ritualen unserer Arbeitsmarkt- und Tarifordnung offensichtlich Waffengleichheit bei den Tarifverhandlungen nicht mehr zu gewährleisten.**

Darüber sollte man genauso nachdenken wie über Fragen des Kündigungsrechts. Eine Frage, die auch nicht von vornherein mit einem Tabu belegt werden kann, ohne damit nur für beide Seiten bessere Lösungen zu verhindern.

Deregulierung im Arbeits- und Tarifrecht, die Begrenzung von Lohn- und Lohnzusatzkosten, kommt gerade den mittelständischen Betrieben zugute. Ein breit strukturierter Mittelstand, fester verwurzelt am Standort Deutschland als die global players, ist im Zeitalter der Globalisierung verlässliches Rückgrat für Wachstum und Beschäftigung.

Sozialhilfereform, Kombilohn und Gemeinschaftsarbeit in Städten und Kommunen sind Stichworte für Lösungsansätze für den Niedriglohnssektor.

**Wir brauchen mehr wirtschaftliche Dynamik durch die Förderung von Forschung, Innovation und Entwicklung und damit**

**auch die Förderung des strukturellen Wandels. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden.**

Bildungspolitische Reformen werden eine zentrale Rolle spielen. Eine Bildungspolitik, die den Ansprüchen einer modernen Gesellschaft genügen will, hat ja viele Facetten, nicht lediglich die Ausrichtung auf Berufsausbildung, Qualifizierung und Broterwerb. Gleichwohl ist moderne Bildungspolitik nur dort tragfähig, wo sie den Anforderungen einer modernen Berufswelt, der Berufswelt von heute und morgen gerecht wird. Der Bedarf an qualifizierten Erwerbstätigen wird auch in Zukunft ansteigen. Wir brauchen deshalb verbesserte Chancen für Aus- und Weiterbildung, die ein lebenslanges Lernen ermöglichen. Kürzere Ausbildungszeiten, insbesondere im universitären Bereich, verbessern die internationalen Wettbewerbschancen deutscher Absolventen.

Bildungspolitik muß dabei auch den Leistungsgedanken stärken, wir können nicht nur fördern, ohne auch zu fordern. Die besondere Förderung von Eliten bedeutet nicht, alle anderen in der gesellschaftlichen Wertschätzung zurückzusetzen. Die Stärkung des Elitegedankens ist vielmehr notwendige Voraussetzung für Innovation und Fortschritt, der früher oder später der Gesellschaft als ganzes zugute kommt.

**Die CDU/CSU als die große Partei der Bildungspolitik in Deutschland muß in Bund und Ländern dafür sorgen, daß die Bildungspolitik diesen zentralen Stellenwert bekommt. Eine Bildungspolitik, die dem einzelnen Lebenschancen eröffnet.**

**V** Eine Gesellschaft auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft darf auch im Zeitalter der Globalisierung nicht zur Risikogesellschaft verkommen, sie muß eine Chancengesellschaft bleiben.

Es geht deshalb in der Zukunft im entscheidenden um eine gleichgewichtige Entfaltung von Eigenverantwortung und von Solidarität als elementaren Bausteinen einer Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft.

Dies erreichen wir aber nicht nur über ökonomische und rechtliche Mechanismen, nicht allein über den Return-on-Investment, Kapitalrentabilität vor und nach Steuern, über Instrumente wie Kindergeld und Freibeträge.

Staatliches Handeln, das im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie, im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht nach letzter lückenloser Perfektion gerade im Bereich der sozialen Fürsorge streben kann und auch nicht darf, braucht eine gemeinsame geistig moralische Wertewelt als Basis, als Fundament. Nur eine Gesellschaft, die die Verantwortung gegenüber

dem Nächsten, gegenüber der Familie, kennt und praktiziert, schafft letztlich die Lebensinhalte, auf die es ankommt wie innere Zufriedenheit, Lebensglück. Lebensinhalte, die von staatlichen Organen, gleich welcher Form, niemals gewährleistet werden können. Wir müssen eine Gesellschaft schaffen, an der jeder teilhaben kann, die den einzelnen anerkennt und nicht sich selbst überläßt, in der neben der beruflichen Tätigkeit auch ehrenamtliche Tätigkeiten wertgeschätzt werden.

**Eine Notwendigkeit, die Ludwig Erhard schon früh erkannte, als er von der „Formierten Gesellschaft“ sprach: „Die Formierte Gesellschaft“, so Erhard, „fordert ein soziales und politisches Verhalten jedes einzelnen, das sich nicht nur in der Sorge um seine private Sphäre und in dem Vertrauen auf seine Gruppenvertretung erschöpft, sondern sich vielmehr mit wachem Interesse um öffentliche Dinge kümmert. – Sie fordert verantwortliches Handeln, die Anerkennung von Wertmaßstäben und dazu noch Besonnenheit.“**

Ein Gedanke, der in der Öffentlichkeit leider nicht immer die Wertschätzung und Aufnahme gefunden hat, die er verdient hätte. Denn der Appell an gesellschaftliche Werte – Erhard sprach oft von Maßhalten –

ist nicht Ausdruck von politischer Hilfslosigkeit, sondern Erinnerung an die individuelle Verantwortung.

Die oft geringe Aufmerksamkeit für diesen Gedanken ist auch deshalb schwer verständlich, weil die Soziale Marktwirtschaft gleichzeitig die Ordnung ist, die in dieser Hinsicht die sparsamsten Ansprüche stellt. Gemeinschaftsfähigkeit und Gemeinschaftsverträglichkeit menschlichen Verhaltens, also die gleichzeitige Erfüllung und Begrenzung individueller Ansprüche, werden in einer Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft erreicht, ohne den Menschen moralisch zu überfordern. Ganz im Sinne von Oswald von Nell-Breuning erlaubt die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft einen sparsamen Umgang mit moralischen Ansprüchen. Dies ist sicherlich ein Vorteil, denn bei realistischer Einschätzung der menschlichen Natur wird man auch Moral als knappes Gut

betrachten und haushälterisch damit umgehen müssen.

**Freiheit geht nicht ohne Verantwortung, individuelles Streben nicht ohne solidarisches Miteinander. Wir brauchen deshalb ein festes Wertgefüge, ein Koordinatensystem, das Orientierung gibt, Kompaß und Leitbild ist.**

Die CDU, die Partei von Ludwig Erhard, ist die große Volkspartei in Deutschland, die Partei, die die Kraft und Entschlossenheit besitzt, zur Mitte hin zu integrieren, den Ausgleich zwischen den Interessen und Ansichten herzustellen. Nur aus dem Ausgleich und aus der Mitte heraus lassen sich Konzepte entwickeln, in denen sich eine Mehrheit der Bürger wiederfindet, wächst Stabilität, sozialer Konsens und zugleich die Kraft zur Veränderung, die Kraft zu Reformen.

*Wir brauchen in Deutschland Reformen, die unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken, die dauerhafte wirtschaftliche Dynamik gewährleisten, die unser wirtschaftliches und gesellschaftliches System so offen gestalten, daß eine möglichst große Zahl an Menschen aktiv teilnehmen und damit auch teilhaben können. Teilhabegerechtigkeit schaffen wir nur über Teilnahmegerechtigkeit: eine Verteilung des Wohlstands über die aktive Teilnahme am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen, nicht über administrative Umverteilung nach Kriterien wie „Kassenlage“ oder „Bedürftigkeit“.*

**Wolfgang Schäuble**